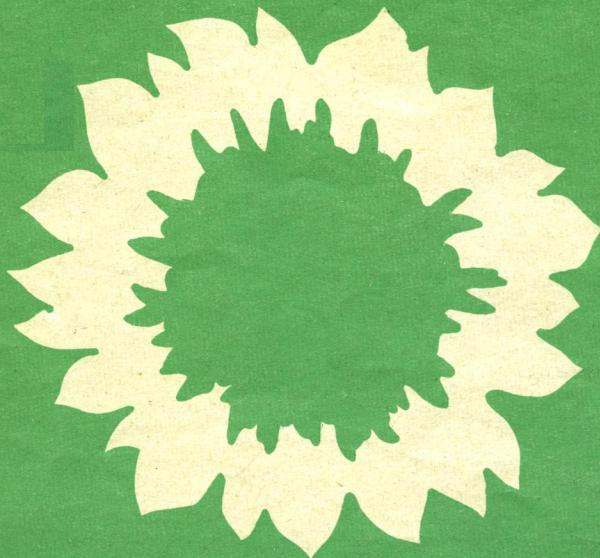


DIESMAL DIE GRÜNEN WARUM?



**Ein Aufruf zur
Bundestagswahl 1983**

DIE GRÜNEN

Herausgeber:
Bundesgeschäftsstelle DIE GRUNEN, Colmantstraße 36,
5300 Bonn 1, Telefon: 02 28/69 20 21

Gesamtherstellung:
Farbo Druck & Grafik Team GmbH Köln
Telefon: 0221/37 20 15

**Wahlaufruf 1,— DM
ab 10 Stück 0,70 DM
Postscheckkonto Köln 751 46-501 (BLZ 370 100 50)**

Anmerkung:
Dieser Wahlaufruf wurde der Bundesdelegiertenversammlung in Sindelfingen
am 14./15. Januar 1983 vorgelegt und als weiteren Wahlaufruf zur Publikation
und Diskussion empfohlen.

Diesmal: D I E G R Ü N E N — Warum?

Wir sind nicht einfach mit unserem Wirtschaftssystem am Ende, sondern wir sind mit unserer ganzen industriellen Zivilisation in eine Krise geraten, die sich als endgültig erweisen wird, wenn wir nicht bereit sind, den Gesamtkurs zu ändern.

Den Vordergrund beherrschen jetzt die Angste vor Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, weil diese Übel für viele von uns zu unmittelbaren Nöten geworden sind oder jählings werden können.

Aber dahinter erhebt sich drohend die Gefahr der atomaren Auslöschung, die durch die Stationierung neuer Massenvernichtungsmittel — besonders der Pershing II und der Cruise Missiles, aber auch chemischer und biologischer Mordinstrumente — verstärkt würde.

In der Dritten Welt veregenden infolge der ungerechten Weltwirtschaftsordnung hunderte Millionen Menschen. Dort sterben allein schon um 15 Millionen Kinder jährlich Hungers — mehr als jedes Jahr des II. Weltkriegs Tote forderte.

Und in immer schnellerem Tempo zerstört die von Europa aus über die ganze Welt verbreitete Produktions- und Lebensweise die Erde, die uns trägt, vor allem die Biosphäre, aus der wir kommen.

Wenn die Bäume sterben, werden die Menschen nicht leben. Es stirbt nicht nur der deutsche Wald — noch verlieren wir ihn erst Hektar um Hektar. Ebensoviel wie die Gesamtfläche der Bundesrepublik beträgt, verlieren wir alle zwei Jahre an tropischem Regenwald und in etwas mehr als einem Jahr an Ackerkrume. Letzten Endes wird es der Bombe nicht mehr bedürfen, um uns selbst auszulöschen. Aber wenn das Wettrüsten als ungeheure Resourcenverschwendungen ebenso die Ausbeutung der Dritten Welt nicht aufhören, ist gar nicht daran zu denken, daß wir die ökologische Krise wirklich aufhalten.

Daran allein schon wird sichtbar, wir müssen aufs Ganze gehen. Uns GRÜNE sollten diesmal alle Diejenigen wählen, die schon zu dem Schluß gekommen sind,

wir müssen unser Leben grundlegend ändern,

wir müssen die Zivilisation neu entwerfen,

wenn wir in Zukunft überhaupt noch menschenwürdig leben, ja auch nur überleben wollen.

Sofern es wirklich um eine solche Umkehr geht, versprechen wir dann etwa, sie aus unserer Mindestposition heraus schon dadurch zu bewirken, daß wir in den Bundestag einziehen? Behaupten wir, den neuen Gesamtentwurf und die detaillierten Rezepte schon zusammenzuhaben, widerspruchsfrei für den Haushaltbrauch?

Wir versprechen jedenfalls eines: Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, so rückhaltlos im Parlament zur Sprache zu bringen, daß CDU/CSU und SPD (von der FDP wollen wir schweigen) nicht länger ungestört an den Lebens- und Überlebensfragen vorbereiten und vorbereiten können.

Es geht bei dieser Bundestagswahl vor allem um ein Signal dafür, daß sich die neue Grundeinstellung unter uns ausbreitet. Es geht um einen möglichst unver-

geßlichen Denkzettel für alle jene, die politisch weitermachen wollen wie bisher oder bestenfalls dem Bären den Pelz waschen wollen, ohne ihn naß zu machen.

Wir bestreiten nicht, auch sie hätten gerne „ein bißchen Frieden“, eine „heile Umwelt“ und „Brot für die Welt“, aber zu ihren Bedingungen, die den Macht-erhalt und/oder die Höhe der Profite betreffen. Daher sind sie in der Praxis weder friedens- (das heißt zunächst einmal abrüstungs-) fähig, noch werden sie die Umwelt bewahren und den Verelendeten auf der Südhalbkugel der Erde auch nur das Existenzminimum lassen.

Wir werden keine Kompromisse mit ihnen machen, wo es um die Interessen des Lebens und Überlebens geht. Wir wissen aus Erfahrung, daß es nicht mit „ein bißchen ökologischer Vernunft“ und mit „Verantwortungspazifismus“ à la Franz Josef Strauß zu machen ist, weil es nicht „ein bißchen Krebs“ und „ein bißchen Tod“ geben kann.

Wer uns wählt, entscheidet sich für die folgenden Positionen, für die wir uns in Bonn einsetzen werden, um der bundesdeutschen Politik einen neuen Impuls zu geben. Es handelt sich um eine Gesamtalternative zu dem Angebot des bisherigen Parteienkartells, das sich in phantasieloser Fortschreibung des Krisenzustandes, Verfilzung und Korruption verschlossen hat.

Außenpolitik als Friedenspolitik

1. Frieden schaffen ohne Waffen — Schwerter zu Pflugscharen in Ost und West. Bei uns damit anfangen?

Am Anfang steht die Umkehrung des Bedrohungssdenkens: Wir sind bedroht, weil wir andere bedrohen. Daß unser Land als militärische Basis gegen die zweite Supermacht Sowjetunion benutzt wird, ist die Hauptursache der tödlichen Gefahr, in der wir schweben. Die geplanten neuen Raketen präparieren Deutschland endgültig zum Schießplatz der Supermächte. Einmal abgeschossen, erreichen sie in wenigen Minuten das Herz der Sowjetunion. Deshalb schrecken sie den Blitz nicht ab, sondern ziehen ihn an.

Helmut Kohl will Ihre Stimme ausdrücklich als Ja zu der von ihm betriebenen Stationierung werten. Hans Jochen Vogel kandidiert für die Partei desselben Helmut Schmidt, der uns den Raketenbeschuß herbeigeredet hat und distanziert sich nicht davon. Wer Frieden nicht mehr auf die atomare Abschreckung, auf das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens gründen will, kann keine andere Partei als DIE GRÜNEN wählen.

Für uns ist jede Rakete, die eine der Seiten bereithält, zuviel. Uns sollte wählen, wer mit uns zusammen schon den Besitz von Atomwaffen für ein Verbrechen hält und ihren Einsatz — in den Worten eines nordamerikanischen katholischen Bischofs — für die endgültige Kreuzigung Christi.

Wir sind also bedingungslos — das heißt unabhängig von dem Ausgang der Genfer Verhandlungen — gegen die neuen Raketen, weil sie in jedem Fall nicht unsere Sicherheit erhöhen, sondern den Selbstmord programmieren und das Wettrüsten anheizen, das früher oder später in der Katastrophe enden muß.

Wir sind weiterhin auch gegen jeden anderen Aufrüstungs- und Militarisierungsschritt, auch gegen konventionelle Aufrüstung. Unser Ziel ist: Es gibt keine Rüstungsproduktion und keinen Rüstungsexport. Es gehen keine Frauen in die Bundeswehr. Es gibt keine Verlängerung des Wehrdienstes und des Zivildienstes, keinerlei Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer, keine Verfolgung von Totalverweigerern. Es gibt ein Produktions- und Verkaufsverbot für Kriegsspielzeug, sowie die Verbannung brutalisierender Beiträge aus den Medien, besonders aus dem Fernsehen. Wir wollen Friedenserziehung und Ausbildung in gewaltfreien Widerstandsformen an den Schulen.

Aber Aufrüstung zu verhindern, genügt nicht. Die Völker müssen **Abbildung** erzwingen, jedes im eigenen Land zuerst. Da atomare Verteidigung in jedem Falle Totverteidigung ist und mit dem Leben auch jeden Wert vernichtet, der des Schutzes würdig wäre, fordern wir in erster Linie die Entfernung sämtlicher Atomsprengköpfe — 5000 mal Hiroshima? — aus unserem Land. Wir wollen nicht mehr US-amerikanisch atombeschützt werden.

Unser Ziel ist ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal. Insbesondere muß die Bundesrepublik eine atomwaffenfreie Zone werden (frei auch von Atomkraftwerken, die im Kriegsfall als Superbomben funktionieren würden), in der auch keine chemischen und biologischen Waffen gelagert werden.

In Erinnerung an die Schrecken des II. Weltkrieges, die übertroffen werden würden, verlangen wir einseitige Abrüstungsschritte auch im konventionellen Bereich: die Ausmusterung jeglicher offensiv einsetzbarer (grenzüberschreitender) Waffensysteme wie Panzer, Flugzeuge u.ä. Umrüstung auf absolute defensive Waffen ist die Mindestforderung.

Unser Ideal geht weit darüber hinaus. Es ist eine Gesellschaft, die sich nicht mehr verteidigen muß, weil ihre Daseinsweise keine äußere Bedrohung mehr provoziert: **Eine sanfte, gewaltfreie, grüne Republik ohne zentrale bewaffnete Kräfte nach außen und innen.**

Solange ein Verteidigungsproblem existiert, wollen wir die nichtmilitärische, von einer solidarisierten Gesellschaft als ganzer getragene, dezentral organisierte Soziale Verteidigung.

2. Heraus aus den Militärblöcken! Selbstbestimmter Alleingang der Bundesrepublik für Frieden und Abrüstung.

Wir Deutschen in der Bundesrepublik können und sollen eine eigene Initiative beisteuern, um einen Abrüstungswettlauf auszulösen und dabei auf die Resonanz in der DDR, im östlichen wie im westlichen Ausland setzen.

Im Zeichen unserer Ökologie- und Friedensbewegung haben wir das Recht und auch die Veranlassung zu dem nötigen Selbstbewußtsein, die volle Souveränität für unser Land zu verlangen und eine Regierung zu wünschen, die sie auch im Anspruch nimmt.

Gegenüber der im westlichen Bündnis betriebenen Politik der Kriegsvorbereitung, die durch die Regierungen der USA unter Reagan, Großbritanniens unter Thatcher und Frankreichs unter Mitterrand vertreten wird, brauchen wir sobald

wie möglich eine Regierung, die zum Alleingang der Bundesrepublik für Freiden und Abrüstung bereit ist.

Die Partner, auf die wir bei diesem Anliegen rechnen, sind nicht in erster Linie andere Staaten, sondern die Basisfriedensbewegungen in den anderen europäischen Staaten.

Wir werden alles unterstützen, was geeignet ist, die Spaltung Europas nach Militärblöcken und die durch die Dominanz der Supermächte bedingte Konfrontation zu überwinden.

Weil die Strategien beider Blöcke auf atomare Abschreckung bauen, muß auf militärische Neutralisierung setzen, wer nicht atomar zutode „verteidigt“ werden will. Deshalb wollen wir die Bundesrepublik aus der militärischen Integration in die NATO lösen. Dazu gehört der Abzug aller fremden Truppen.

Anknüpfend an das politische Erbe Gustav Heinemanns und seiner Mitstreiter aus der Zeit vor der Wiederbewaffnung und der Westintegration wollen wir einen neutralen Gürtel in Mitteleuropa, wobei die Neutralisierung der Bundesrepublik die Neutralisierung der DDR ermöglichen und nach sich ziehen kann.

Da unser Programm die militärische Abrüstung mit der industriellen, d.h. mit dem Verzicht auf die kapitalistischen Expansion am Weltmarkt verbindet, kann diese Politik die Versöhnung mit den anderen Völkern Europas, gerade auch Osteuropas und der Sowjetunion vollenden.

3. Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt

Militärische und industrielle Abrüstung in den reichen Ländern ist auch ausschlaggebend für unsere Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt. Insbesondere lehnen wir es ab, an irgendwelche Maßnahmen zu denken, um die Versorgung mit Energien und Rohstoffen oder den Zugang zu Absatzmärkten militärisch zu „sichern“. Zumal wir Deutschen dürfen uns weder direkt noch indirekt an „schnellen Eingreiftruppen“ beteiligen.

Abgesehen von den ökologischen Erfordernissen im eigenen Land verlangen auch die Interessen der Ausgebeuteten, Elenden, Hungernden und Verhungerten in der Dritten und noch mehr in der sogenannten Vierten Welt der absolut armen Länder unseren Rückzug aus der herrschenden internationalen Arbeitsteilung.

Nur die Verminderung der wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern, d.h. zu den dortigen „Eliten“, in deren Interesse die Exportproduktion erfolgt, kann den Raum freihalten, in dem die Menschen dort wenigstens ihre Grundbedürfnisse befriedigen können.

„Entwicklungshilfe“, „Partnerschaft“, „Technologietransfer“, „Neue Weltwirtschaftsordnung“, industriel kapitalistische „Entwicklung“ schlechthin sind nur ebensoviele Namen für das Komplott zwischen den nördlichen und südlichen sogenannten Elite, die sich nur um den Anteil am Kuchen und um die Sozialversicherung ihrer Machtpositionen streiten. Dahinter verbergen sich die Hauptursachen für die fortgesetzte Abhängigkeit und Vereitelung der halben Menschheit.

Wir GRÜNEN halten es für eine unserer wichtigsten internationalistischen Verpflichtungen, hier bei uns das verheerende Modell des „guten Lebens“ wegzunehmen, das die übrige Menschheit in einen Tunnel ohne Ausgang lockt. Daß die Schere zwischen den Armen und Reichen dieser Erde Jahr für Jahr weiter auseinanderklafft, kann niemanden in unserer vergleichweise reichen Gesellschaft ruhig schlafen lassen. Ohne die Bereitschaft zum Abbau und Umbau unseres Industriesystems bleibt all unser Mitgefühl leere Geste und Phrase.

Materielle und finanzielle Mittel aus den reichen Ländern werden nur dann als „Hilfe zur Selbsthilfe“ für die Betroffenen wirken, wenn sie dazu dienen, diejenigen Bedingungen wiederherzustellen, zu stützen und auszubauen, unter denen sich die Menschen dort Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit und Bildung gemäß den örtlichen Gegebenheiten in eigener Verantwortung verschaffen bzw. bewahren können.

Dazu ist es nötig, die lokalen Reproduktions- und Lebenszusammenhänge dort gegen die Weltmarktkräfte abzuschirmen. Entscheidend ist dann, die Expansion der nationalen und multinationalen Konzerne und Banken zu stoppen und die Nachfrage nach ihren Produkten herabzusetzen.

Wirtschaftspolitik — Anders arbeiten, solidarisch leben

4. Eine ökologische Antwort auf die Wirtschaftskrise finden.

Die bestehende Weltwirtschaftsordnung ist die Ursache aller Krisen in der Welt. Jetzt aber sind wir in den Metropolen, von denen all das ausgeht — Nordamerika, Westeuropa, Japan — selbst von der Krise eingeholt. Das so hoch gelobte System der „freien Marktwirtschaft“ verschlingt auch hier seine eigene Naturbasis, verarmt materiell und deprimiert vor allem psychisch die von ihm abhängigen Menschen. Entsprechend bröckelt die demokratische Fassade. Und wie überall, wo sich die Widersprüche zuspitzen, sind Frauen zuerst und am schwersten betroffen.

In den sowjetischen Systemen, die sich nie völlig dem Sog des materiell überlegenen Westens entziehen konnten und hausgemachte Gebrechen hinzufügen, sehen wir in keinem Punkt eine Alternative. Wir haben es letztlich mit einem einzigen Weltsystem hemmungsloser Machtkonkurrenz, sozialer Ungerechtigkeit und Naturzerstörung zu tun.

Wir stellen uns der mit neuer Schärfe, neuer Vielfalt aufgeworfenen sozialen Frage im eigenen Lande: Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Verfall der politischen Kultur, Einschränkung der Freiheitsrechte.

Aber wir vergessen nicht, daß die Wirtschaftskrise der reichen Länder eingebettet ist in die fundamentaleren Gefahren der Massenausrottung durch Kriege, Hunger und Krankheit und der alles übergreifenden ökologischen Krise, die die Quintessenz des weltweiten Industrialisierungsprozesses ist.

In dieser Situation werden alle bloß traditionellen Lösungsversuche — soweit sie überhaupt auch nur kurzfristig greifen — im Ergebnis bewirken, daß wir noch weiter in die Richtung der drohenden Totalkatastrophe vordringen. Des-

halb verfechten wir eine ökologische Antwort auf die Wirtschaftskrise. Soziale Gerechtigkeit muß in Zukunft unter den Bedingungen einer schrumpfenden Ökonomie, insbesondere einer schrittweisen Verringerung der Naturbelastung hergestellt werden.

Es gibt in der Bundesrepublik nicht zuwenig industrielle Produktion, sondern **zuviel**: Zuviel Rohstoff- und Energieverbrauch, zuviel Schadstoffproduktion, zuviel materialfressende und abgasspuckende Autos, zuviel Plastik und Beton, ganz zu schweigen von der Rüstungs- und Atomwirtschaft. Statt neue Exportoffensiven zu starten und damit zum Teil unsere Arbeitslosigkeit in andere Länder zu exportieren, wollen wir bedarfsorientierte Arbeit in möglichst dezentrale Wirtschafts- und Lebensräumen.

Denn es gibt **zuwenig** selbstbestimmte, befriedigende Arbeit. Es gibt zahlreiche Mangelbereiche, in denen zuwenig Arbeit verausgabt wird — z.B. alternative, umweltfreundliche Energiesysteme, öffentlicher Nahverkehr, menschenwürdige Wohnungen, Aufbereitung und Wiederverwendung von Abfällen, giftfreie, gesunde Lebensmittel.

5. Arbeitslosigkeit als aufgezwungene Lebenssituation mit ihren psychischen und finanziellen Nöten wollen wir GRÜNEN nicht hinnehmen.

Doch die Forderung nach Arbeitsplätzen um jeden Preis ist auch nicht unsere Sache. Wir fragen, **was** (welche Produkte), **wie** (welche Verfahren), **wo** (Raumordnung), wofür produziert wird und **wer darüber bestimmt**.

Wir unterscheiden zwischen gesellschaftlich-ökologisch sinnvoller und zerstörerischer Arbeit. Wir fordern den **Abbau** lebensfeindlicher Wirtschaftszweige, zuallererst der Atom- und Rüstungsindustrie, und den **Ausbau** von sozial nützlichen, zukunftsorientierten Arbeitsfeldern.

Die von allen etablierten Parteien verkündete Politik, die Massenarbeitslosigkeit durch Ankurbeln des Wirtschaftswachstums zu überwinden ist illusionär, irreführend und in ihrer Wirkung auf die Lebensbedingungen verheerend.

Haben nicht die Investitionen von gestern für die Arbeitslosigkeit von heute gesorgt? Außerdem werden infolge der Rationalisierung die Arbeitsbedingungen der noch Beschäftigten verschlimmert: die Arbeitshetze nimmt ebenso zu wie die Monotonie, die Entwertung der Qualifikation und die gesundheitliche Belastung. Und die Verfügung über den konkreten Arbeitsprozeß nimmt ab, die schöpferische Fähigkeit wird ausgetrieben.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, die in Richtung Selbstbestimmung der Beschäftigten in Fabriken, Büros, Kaufhäusern oder wo auch immer zielen; und wir treten für die großzügige Förderung aller selbstverwalteten Alternativprojekte außerhalb dieses Sektors ein.

6. Für Gerechtigkeit und gegen Sozialabbau

Wir wünschen die gleichmäßige Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Gesellschaftsmitglieder. Eine Voraussetzung dafür sind drasti-

sche Arbeitszeitverkürzungen. Als ersten Schritt fordern wir die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen.

Die Senkung der Erwerbsarbeitszeit wird zugleich bessere Bedingungen für die Eigenarbeit in persönlichen Lebenszusammenhängen und für eine andere Aufteilung der notwendigen Erziehungs- und Hausarbeit zwischen Mann und Frau schaffen.

Wir wenden uns gegen eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die den Frauen hauptsächlich Arbeit in Haushalt und Familie sowie die schlechtbezahlten und niedrigqualifizierten Tätigkeiten im Erwerbsbereich zuweist.

Wir wenden uns entschieden gegen den Abbau von Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistungen in eben der Situation, in der immer mehr Menschen auf sie angewiesen sind.

Gleichzeitig wollen wir weg von den zentralisierten, bürokratischen Sozialverwaltungen, hin zum Aufbau von selbstverwalteten, kommunalen sozialen Diensten.

Langfristig kann es nur soziale Sicherheit geben, wenn das ständige Anwachsen des Bedarfs an staatlich vermittelten sozialen Hilfen und Dienstleistungen aufhört. Unsere Perspektive ist auch nicht der Bau von immer mehr Krankenhäusern, Suchtkliniken und Sanatorien, sondern die Überwindung der krankmachenden Konkurrenz- und Wachstumsgesellschaft, die den sogenannten Sozialstaat als Reparaturwerkstatt vielfältiger Leiden nötig hat.

Dennoch müssen heute kurzfristige Maßnahmen ergriffen werden, um die drängendsten Probleme der betroffenen Menschen zu lindern und erreichte soziale Fortschritte zu bewahren.

Notwendig ist die Festsetzung menschenwürdiger Mindestwerte für Arbeitseinkommen, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Ausbildungsbeihilfe und Kindergeld. In diesem Zusammenhang werden wir uns für weitere Maßnahmen einsetzen, die den Frauen gleiche Chancen sichern.

7. Es gibt viel Arbeit für den Umbau zu einer humanen ökologischen Kreislaufwirtschaft und für die Behebung der Schäden in Umwelt, Betrieb und Gesellschaft

Eine ökologische und soziale Wirtschaftsweise erfordert ein völlig anderes Produktionssystem: Kleine Einheiten, lokal eingebunden und selbstverwaltet, mit sanften Technologien, die Ressourcen sparen und die Umwelt schonen. Die jetzigen industriellen Großanlagen, einschließlich der Infrastrukturen für Energie- und Materialströme, müssen schrittweise — und nicht nur infolge ohnehin auftretender Absatzschwierigkeiten — reduziert werden, teilweise überhaupt auslaufen und abgebaut werden.

Wenn wir nicht über Reformchen und Reparaturen hinausgehen, können wir weder Wasser, Wald, Luft und Boden auf die Dauer retten, noch uns Menschen vor den körperlichen und seelischen Folgen bewahren. Die Großorganisationen, gar wenn sie transnational arbeiten, sind auch nicht selbstverwaltungsfähig.

Wir wollen in absehbarer Zeit den Mehrheitskonsens dafür erreichen, daß der überlebensnotwendige Umbau unserer Zivilisation beschlossen, geplant und begonnen wird.

Davon unabhängig müssen wir hier und jetzt alle Möglichkeiten ergreifen, um Schäden zu beseitigen und weiteren vorzubeugen. Es gilt, in den bestehenden Industriekomplexen und Infrastrukturen zu ändern, was sich ändert, damit sowohl vom Produkt als auch vom Arbeitsprozeß her umwelt- und sozialverträglich verfahren wird.

Alle diese Maßnahmen müssen auf denzentrale und alternative Lösungen hinwirken, wobei wir in der entsprechenden Umgestaltung der Energieversorgung und der Wasserversorgung die wichtigsten Engpässe sehen. Wir wissen, wir werfen damit die Frage auf, ob nicht die industriellen Ballungsgebiete rasch entflochten werden müßten.

Selbstverständlich bleiben wir kompromißlos bei unserer Forderung nach dem sofortigen Stopp des Atomprogramms. Es müssen alle Atomanlagen sofort stillgelegt, Entwicklungen wie Schneller Brüter, Hochtemperaturreaktor und Wiederaufbereitungsanlagen eingestellt werden. Angesichts der Kostenexplosion und angesichts einer Überkapazität von 40 Prozent im Energieangebot ist klar, dieser Wahnsinn wird nur noch aus Macht- und Prestigegründen fortgesetzt, nach der Devise „Wenn der Staat auftritt, dann muß er gewinnen“ (Demokrat Börner im Hinblick auf die Startbahn West).

Ebenso kompromißlos sind wir gegen Großprojekte wie eben diese Startbahn West, den Flughafen Erding, den Rhein-Main-Donau-Kanal, den Hamburger Hafenausbau, neue Autobahnen, Straßen usw., nicht zuletzt gegen die Breitbandverkabelung. Stattdessen müssen Sofortmaßnahmen gegen das Waldsterben, die Gewässerverschmutzung, die Luft- und Bodenvergiftung ergriffen werden.

Weiter sind wir für betriebliche Produktionsumstellungen und die zugehörigen technischen Umrüstungen, besonders (jedoch nicht nur) im Falle von Rüstungsgütern. Wir GRÜNEN werden jede Aktivität zur praktischen Aneignung der Anlagen durch die Belegschaften unterstützen und uns mit ihnen gegen die Zentralisierung von Entscheidungen, ihre Verlagerung an andere Orte bis ins Ausland sowie gegen Fusionspläne wenden.

Wir sind für eine Technik, die nicht Herr über die Menschen ist, sondern ihr Werkzeug bleibt. Außer für Arbeitszeitverkürzungen treten wir auch für rechtlich und sozial abgesicherte Formen flexibler Arbeitszeiten sowie für eine kürzere Lebensarbeitszeit und längeren Jahresurlaub ein. Alles das soll ein Stück mehr freie Entfaltung der Persönlichkeit ermöglichen.

Jedoch was auch immer wir unternehmen, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern, es ist im Rahmen der bestehenden Zustände nicht wahrscheinlich, daß es je wieder zu Vollbeschäftigung kommt. Und sollen wir denn auch denen, die das schon gar nicht mehr wirklich wünschen, nur die Perspektive der Wiedereingliederung in die kapitalistische Lohnarbeit für den Weltmarkt empfehlen? Wollen denn nicht schon auch manche, die noch „drin“ sind, heraus?

Für die Einen wie für die Anderen muß es eine hinlänglich gesicherte Möglichkeit des Umsteigens in neue Lebenszusammenhänge jenseits des kapita-

listischen Industriesystems geben, und wir denken an mehr als jene Alternativprojekte, die noch auf die Nischen des allgemeinen Marktes angewiesen sind.

8. Die GRÜNE ALTERNATIVE ist finanziertbar!

Daraus machen wir einen kleinen Extraabschnitt, weil uns die Köche, die den vorgefundenen Krisenbrei angerührt haben, aus den Sachzwängen heraus, an denen sie ihr Interesse haben, erzählen, wenigstens mancher unserer Vorschläge sei ja ganz schön, aber leider, leider halt nicht machbar.

Das sagen dieselben Leute, die das Geld für die Hochrüstung zum atomaren Holocaust, für die Kaputtindustrialisierung der Welt und für den Staats- und Polizeiapparat, der diese Praxis abdecken muß, festgelegt haben. Wir erkennen ihre „Sachzwänge“ nicht an, und deshalb auch nicht die kleinen Spielwiesen in ihren ausgebuchten Haushalten, auf denen sie uns müde machen wollen.

Die Finanzierung des ökologischen und sozialen Investitionsprogramms, einschließlich der Mindesteinkommen, ist möglich, wenn ihre Vorrangigkeit im Haushalt durchgesetzt wird. Dafür werden wir kämpfen.

Die Hauptquellen, aus denen wir umverteilen wollen, sind die Rüstung, das Atomprogramm und die anderen Wahnsinnsprojekte. **Laßt uns das Geld dem Tod wegnehmen und dem Leben geben!**

Außerdem möchten wir die Privilegien für die oberen Einkommensgruppen im Steuer- und Sozialversicherungssystem (Ehegattensplitting, Abschreibungsge-sellschaften u. a.) streichen.

Wir sind für eine Ergänzungsabgabe.

Und wir sind dafür, die eigenständige Finanzbasis der Kommunen auszuweiten. Die Bundesrepublik ist der reichste der großen Industriestaaten Europas. **Die Mittel für die Große Konversion sind da und sind beschaffbar.** Hier müssen wir die Wähler bitten: **Wenn Ihr die Umkehr wollt, gebt uns genügend Einfluß!** Aber nicht nur mit dem Wahlzettel, sondern vor allem durch die außerparlamentarische Aktion.

Innenpolitisch: Mehr Basisdemokratie wagen!

9. Für eine alternative demokratische Kultur, die dem Bürgerwillen überzeugend zur Geltung verhilft und auf den Einsatz von Gewalt verzichtet

GRÜNE Politik zielt darauf ab, die Elemente dezentraler und direkter Demokratie zu verstärken.

Weit entfernt, den Rechtsstaat und seine Gesetzlichkeit aufheben zu wollen, betreiben wir vielmehr die volle Ausnutzung und die Ausweitung des legalen Spielraums für den Widerstand der betroffenen Bevölkerung.

Wir betrachten zivilen Ungehorsam als legitim, wo die praktizierte Politik ans Leben und an die Zukunft geht.

Ohne den Erhalt und die Erweiterung der Freiheitsrechte kann sich die Bevölke-
lung nicht aussichtsreich gegen die tägliche Bedrohung ihrer Umwelt, ihrer
Arbeits- und Lebensbedingungen wehren.

Okologische, soziale und demokratische Erfordernisse müssen auch dann Eingang in die Entscheidungen auf allen Ebenen finden, wenn sie zunächst erst von einer Minderheit vorgetragen werden.

Um die Chancen zu erhöhen, gilt es,

- **von unten kontrollierte, bürgernahe Selbstverwaltungen zu schaffen und der zunehmenden Monopolisierung der wirtschaftlichen Macht, der wachsenden Bürokratisierung und Zentralisierung der Verwaltung sowie dem Ausbau und der Brutalisierung der Polizeigewalt entgegenzuwirken;**
- **eine rückhaltlose, rechtzeitige und verständliche Information des Bürgers über alle Verwaltungsmaßnahmen durzusetzen;**
- **die Kontrollrechte der Öffentlichkeit durch stärkere Einbeziehung des Bürgers und durch das Klagerecht für Initiativen und Verbände auszubauen;**
- **die Kriminalisierung berechtigten politischen und sozialen Widerstandes und die Aushöhlung des Demonstrationsrechtes zu beenden;**
- **die Massenmedien weit für die sozialen Bewegungen zu öffnen;**
- **auch Minderheiten und fundamental kritische Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien zur Selbstdarstellung kommen zu lassen und den Zugriff der Medienkonzerne auf Rundfunk und Fernsehen zu verhindern;**
- **die Breitbandverkabelung und die computerisierte Datenerfassung als Instrument zunehmender Isolierung, Kontrolle und Verängstigung des Bürgers zu verhindern.**

Die herrschende Politik darf nicht länger Vorschub leisten für die Isolation und die Entrechtung unserer ausländischen Mitbürger.

Wir GRÜNEN verteidigen das Asylrecht für politisch Verfolgte und verurteilen seinen restriktiven Gebrauch.

Wofür wir Verantwortung wollen und wofür nicht

10. Wie werden wir uns im Bundestag verhalten?

Wir GRÜNEN treten an, um der pazifistischen, ökologischen und sozialen Opposition unseres Landes auch im Bundestag eine Stimme zu geben, um Informationen für diese Bewegungen zu beschaffen und auch auf diesem Felde unsere Ziele zu befördern.

Dabei bemühen wir uns um ein neues Verhältnis der Mandatsträger zur Parteibasis, zu den sozialen Bewegungen und zu den Wählern, übrigens auch der anderen Parteien. Zu diesem Zweck werden wir der möglichen Verselbständigung unserer Abgeordneten entgegenwirken, z.B. durch Beschränkung ihrer Funktionszeit.

Unsere Abgeordneten werden einen Großteil ihrer Diäten abführen, um alternative Projekte und Basisinitiativen zu unterstützen.

Sie dürfen keine weiteren Mandate in anderen Parlamenten innehaben und keine zusätzlichen Funktionen in der Partei ausüben.

Grundlage ihrer Arbeit ist eine vollständige und verständliche Information, die den Entscheidungsverlauf unserer Politik für die Öffentlichkeit durchsichtig und kontrollierbar macht.

Unser Hauptgewicht werden wir auch künftig darauf legen, den außerparlamentarischen und oppositionellen Bewegungen und Strömungen eine parteipolitische und parlamentarische Stimme zu geben. Wir werden diesen Kräften, aus denen wir selbst erwachsen sind, eng verbunden bleiben:

- der weiterwachsenden Friedensbewegung;
- der vielschichtigen Ökologiebewegung und den Bürgerinitiativen, all denen, die sich für die Humanisierung der Alltagsumwelt, die Bewahrung von Kulturdenkmälern, Städte- und Landschaftsbildern und nicht zuletzt im Naturschutz und Tierschutz engagieren;
- der Anti-AKW-Bewegung, die, länger als wir GRÜNEN existieren, gegen diese lebensbedrohende und unwirtschaftliche Energiepolitik kämpft; der Frauenbewegung, die für die reale Gleichstellung der Frauen und Mädchen, für ihr Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper eintritt und sich gegen die Gewalt zur Wehr setzt, die ihnen in unserer Gesellschaft fortwährend begegnet.
- jenen Menschen in den Betrieben und Büros, die ihren Einsatz für sinnvolles Arbeiten, gegen Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, alltägliche Repression und für ihre Rechte am Arbeitsplatz nicht mehr der Taktik der SPD und der Gewerkschaften unterordnen;
- dem weitverzweigten Netz von Anstrengungen, die sich richten auf die Selbstorganisation der Arbeitslosen, gegen Leistungsdruck und Auslese-systeme an Schulen und Universitäten, gegen das Wegstreich am Kulturlieben, gegen das Abschieben alter, kranker und behinderter Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben, gegen sexuelle Unterdrückung, Ausgrenzung und Vermarktung, gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten, gegen den Abbau demokratischer und verfassungsmäßiger Rechte, gegen Berufsverbote, für den Ausbau der Presse- und Meinungsfreiheit, gegen faschistische und neo-nazistische Umlaute, für gleichberechtigte Eingliederung unserer ausländischen Mitbürger, für die moralische und materielle Unterstützung von Befreiungsbestrebungen in der Dritten Welt . . .

Wir GRÜNEN sind grundsätzlich **bereit**, politische Verantwortung zu übernehmen, um unsere eben genannten Ziele durchzusetzen.

Und wir sind grundsätzlich **nicht** bereit, die Fortsetzung der lebensbedrohenden Politik, wie sie derzeit von den im Bundestag vertretenen Parteien praktiziert wird, mitzuverantworten.

Wir fordern diese Parteien zu öffentlichen Gesprächen auf, um auszuloten, ob es möglich ist, überlebenswichtige Ziele durch problemorientierte Kooperation von Fall zu Fall mit ihnen durchzusetzen.

Zur Zusammenarbeit in Sachfragen sind wir jederzeit willens und fähig, wie die zahlreichen Abgeordneten in den Landes- und Kommunalparlamenten beweisen.

Die GRÜNEN werden aber keinen Kanzler wählen und keine Regierung unterstützen, die das Rüstungs- und Atomprogramm fortsetzen und den Schutz der Naturgrundlagen menschlichen Lebens weiter den Bedürfnissen der Profit-

wirtschaft unterordnen wollen. Wir verweigern uns jedem „Fortschritt“ in die falsche Richtung.

Wir wollen nicht helfen, die industrielle Großproduktion und die bürokratischen Institutionen zu reparieren. Wir werden uns nicht vorschreiben lassen, wo wir unsere noch zu geringen Kräfte ansetzen. Wir laufen nicht dort mit den Sand-säcken hin, wo die Anderen die Einbruchstelle bezeichnen.

Dadurch wird die Bundesrepublik nicht unregierbar — es gibt auch nicht etwa eine grundgesetzliche Pflicht zum Koalieren. Sondern wir zwingen die alten Parteien, besonders die SPD, Farbe zu bekennen, ob sie bereit sind, den neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen oder Mehrheiten im Rahmen der alten Wachstums- und Rüstungsgemeinsamkeit bevorzugen. Im letzteren Falle: Sollen sie uns doch ihre Große Koalition zeigen! Die ist ohnehin viel mehr als mancher denkt die Wahrheit der Situation.

* *

*

Wenn wir uns nicht völlig über uns selber täuschen:

GRÜN ist die Farbe der Hoffnung

Wir sind die Friedenspartei. Das Dona nobis pacem ist für uns nicht nur die Bitte um äußerer Frieden. Wir suchen eine Friedenskultur auch im inneren des Landes und wir wissen, daß der Frieden mit der Gewaltfreiheit des eigenen Tuns beginnt.

Wir wollen die lebensgefährliche Spaltung Europas und Deutschlands zwischen den bewaffneten Militärblöcken überwinden. West und Ost sind einander keine Alternative mehr. Wir setzen dem Status quo unsere Idee eines neuen dritten Weges entgegen, der über die Konfrontation hinausführt.

Wir möchten einmal die Mehrheit dafür gewinnen, hier bei uns das Leben so zu verändern, daß unser reiches Land aufhört, die Völker der Dritten Welt zu unterdrücken, auszubeuten, abhängig zu halten.

Wir wollen an die tiefsten Ursachen der Wirtschaftskrise heran, indem wir die moderne kapitalistische Fabrik- und Bürogesellschaft ganz in Frage stellen.

Wir haben die von der Konkurrenz um den höchsten Profit angetriebene Wachstumswirtschaft als die Quelle erkannt, die wir verstopfen müssen, wenn wir die Totalkatastrophe aufhalten wollen, die sie über den Menschen und seine Welt bringt.

Gegen die Sachzwänge zum Tode muß der Mensch — Mann und Frau — die Freiheit wiedergewinnen, aufzubrechen, wohin er eigentlich will und ausleben, wozu er eigentlich durch seine ursprüngliche Natur bestimmt ist.

Es geht nicht mehr weiter, es geht vor allem nicht mehr gut weiter über die Sachen, die zu haben sind. Brauchen wir nicht vor allem die Rückkehr zu uns selbst, die Muße für sinnerfüllte Kommunikation mit Anderen, und daß wir uns wiederfinden in einer Gemeinschaft?!

Die Partei für die allgemeine Emanzipation des Menschen — Mann und Frau — sind heute wir. Wir möchten es jedenfalls sein, möchten, daß man/frau uns dabei hilft, indem er/sie vielleicht bei uns, vor allem aber in den sozialen Bewegungen mitmacht, die uns tragen.

Wer die Zerstreuung der Kräfte satt ist, wer mit uns sammeln will für den Widerstand und für den Aufbruch in eine andere, rettende Zivilisation —

wählt diesmal uns, wählt GRÜN.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu der Partei DIE GRÜNEN

Name: Vorname:

Straße: Haus-Nr.: ... Tel.-Nr.:

PLZ: Wohnort:

Geb. am: in: Beruf:

Landesverband: Kreisverband:

Meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe von DM monatlich zahle ich monatlich/halbjährlich/jährlich.

Ort: Datum: Unterschrift:

Erhältlich bei:

Landesverbände der GRÜNEN

DIE GRÜNEN Baden Württemberg
Schloßstraße 79
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/610661

DIE GRÜNEN Bayern
Tumblingerstraße 20
8000 München 2
Tel.: 089/5309016

Alternative Liste Berlin
Badensche Str. 29
1000 Berlin 31
Tel.: 030/8612914

DIE GRÜNEN Bremen
Auf den Häfen 29
2800 Bremen
Tel.: 0421/701474

DIE GRÜNEN Hamburg
Bartelstraße 30
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/4395416

DIE GRÜNEN Hessen
Schwanthaler Straße 59
6000 Frankfurt/M. 70
Tel.: 0611/626292

DIE GRÜNEN NRW
Volksgartenstraße 35
4000 Düsseldorf
Tel.: 0211/775097

DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz
Bobstr. 70
6500 Mainz
Tel.: 06131/678507

DIE GRÜNEN Saarland
Arndtstraße 1
6600 Saarbrücken
Tel.: 0681/61274

DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein
Feldstraße 77/Hof
2300 Kiel 1
Tel.: 0431/83651

DIE GRÜNEN Niedersachsen
Voltastraße 35
3000 Hannover 1
Tel.: 0511/664350